

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steingewandindustrie, in Scheibenspinnereien und Glasereien, für Gipser, Puffer, Stuckateure, Spaltreue, Isolierer, Fliesenleger, Ofenbauer, Glaser aller Art, Steinhölzer- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes: Donnerstags mittags	Herausgegeben vom Deutschen Baugewerksbund Hamburg 25, Wallstr. 1	Preis für Geschäftsanzelgen die zehngefaltene Millimeterzeile 1,25 M. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der nur als Kassarabatt gilt. Arbeitsmarkt die dreizehngfaltene Zeile 3 M. Anzeigen der Baugewerkschaften Zeile 50 M.
---	--	--

Für Wirtschaftsdemokratie!

Der Artikel 165 der Reichsverfassung bestimmt: „Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.“ Seit die Deutsche Nationalversammlung diese grundsätzliche Erklärung in der Verfassung von Weimar „verankert“ hat, sind fast sieben Jahre ins Land gegangen. Aber noch immer fehlen die Gesetze, die die wirkliche Anteilnahme und Mitwirkung der Arbeiterschaft an der „Entwicklung der produktiven Kräfte“ gewährleisten. Es ist eine besondere Eigenart des deutschen Parlamentarismus, der zum großen Teile beherrscht wird von den Parteien, die keine Anhänger des parlamentarischen Systems sind, daß er seine staatspolitische Tätigkeit nicht im Geiste von Weimar ausübt. Täglich er dies, dann müßte er seine gesetzgeberische Arbeit auf den Grundlagen der Verfassung vom 11. August 1919 aufbauen. Das müßte die erste und eifrigste aller Aufgaben des Reichsparlamentes sein. Daß es nicht so ist, verdanken wir den politischen Rechtsparteien, die noch nicht begriffen haben, daß die alten Grundlagen des Wirtschaftslebens erschüttert sind. Diesem fehlt die Fähigkeit, die neuauftretenden Wirtschaftskräfte in sich aufzunehmen. Diese neuen Wirtschaftskräfte sind nicht privatkapitalistisch, sondern gemeinwirtschaftlich gerichtet. Sie fordern gütlich ihre Mitwirkung an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte. Bisher ist aber nur das Gesetz über die Betriebsräte geschaffen worden. Für die Wirtschaftsräte aber liegt noch keinerlei Gesetzgebung vor. Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat verdankt sein Entstehen einer Verordnung. Seine Mittel, die Bezirkswirtschaftsräte, und sein Unterbau, der zeitgemäße Ausbau der bestehenden Wirtschaftskammern (Landwirtschafts-, Handwerks-, Gewerbe-, Industrie- und Handelskammern) auf paritätischer Grundlage fehlt noch völlig. Von den Bezirkswirtschaftsräten, die im Artikel 165 ebenfalls ausdrücklich festgelegt sind, redet zur Zeit niemand an der Regierung, und die Wirtschaftskammern werden ausschließlich von den Unternehmern beherrscht. Auch von dem Umbau dieser Unterkammern verläutet kein Wort in den oberen Regionen. Inzwischen aber geht der deutsche Kapitalismus immer mehr zum Brutalismus über.

Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat soll nun in einen endgültigen Reichswirtschaftsrat umgestaltet werden. Genauer gesagt, es ist ein neuer Reichswirtschaftsrat geschaffen worden, denn der „Vorläufige“ besteht eigentlich schon seit 2 Jahren nicht mehr. Er ist durch die Sperrmaßnahmen der Reichsregierung seit Beginn des Jahres 1924 fast vollständig außer Tätigkeit gesetzt worden. Den 3 Hauptauschüssen, die noch tagen dürfen, ist das Recht der Initiative genommen worden. Die wichtigsten Wirtschaftsfragen werden heute ohne die in der Verfassung vorgesehene Mitwirkung des Reichswirtschaftsrates entschieden. Dieser Zustand ist unvereinbar mit dem Artikel 165 der Reichsverfassung!

Mit der Umgestaltung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates zu einem endgültigen hat sich der Verfassungsausschuß des Reichswirtschaftsrates seit langen beschäftigt. Er hatte ein Schlußgutachten verfaßt, das dahin auslief, das deutsche Väterwort auf eine Grundlage zu stellen, die mit einem zeitgemäßen Ausbau der schon bestehenden Wirtschaftskammern beginnen sollte. Als Mittelbau waren die Bezirkswirtschaftsräte gedacht, während der Reichswirtschaftsrat das Ganze überwachend abzustimmen sollte. Die volksparteilich-demokratische Regierung Luther-Schiele kam dann mit einem Referentenentwurf, der diesen Gedankengang aber

nicht enthält. Der Umbau nach diesem Entwurf würde bedeuten, daß die alten Wirtschaftskammern als reine Unternehmervereinigungen weiter bestehen bleiben und Bezirkswirtschaftsräte gar nicht erst eingerichtet würden. Das aber würde durchaus nicht dem entsprechen, was der Artikel 165 der Reichsverfassung bestimmt. Der Entwurf macht sich wohl einige Erfahrungen aus dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat zunutze, er will aber gleichzeitig den Einfluß der Arbeiter und Angestellten noch

schon Hausfrauen soll deshalb auch wohl nur zu dem Zwecke ein Sitz im Reichswirtschaftsrat zugesandt werden, weil der Referentenentwurf nicht Wirtschaftsdemokratie, sondern Wirtschaftsbureautratie will!

Nach diesen Kostproben aus der Küche der Reichsregierung wollen wir auf weitere Einzelheiten verzichten. Denn nach dem Genuß dieser „Rosinen“ aus dem Kuchen des Referentenentwurfs erscheint es ganz selbstverständlich, daß die Regierung beabsichtigt, ihren Einfluß allmächtig zu gestalten. Sie will dem endgültigen Reichswirtschaftsrat die Selbstverwaltung und die Bewegungsfreiheit nach Möglichkeit nehmen und zu allen Ausschüssen will sie den Vorsitzenden in der Person eines ihrer Käte stellen.

Das kapitalistische System kann sich entweder durch hohe Löhne, verhältnismäßig niedrige Preise der Lebensnotwendigkeiten und dauernde Beschäftigung rechtfertigen, wie in den Vereinigten Staaten, wo Löhne unter Einrechnung der gesunkenen Kaufkraft des Geldes von 1914 bis 1924 um 20%, also um 2% im Jahre gestiegen sind. Wenn der Kapitalismus das nicht will oder kann, muß er sich durch Übernahme sozialer Lasten einschließlich ausreichender Arbeitslosenfürsorge verteidigen... Der Kapitalismus, der die sozialen Lasten einparen will, ohne sie durch hohe Löhne überflüssig zu machen, organisiert in der industriellen Reservearmee der Arbeitslosen unbewußt die wahre „Rote Armee“.

Prof. Dr. J. Böhm. („Das Schicksal d. deutsch. Kapitalismus.“)

mehr verringern. Zwar steht sich die Unternehmerabteilung und die Arbeitnehmerabteilung zahlenmäßig in gleicher Stärke gegenüber. Aber ihr zahlenmäßiges Gewicht im Verhältnis zur Gesamtheit soll verringert werden. Von den 226 Sitzen des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates hatten die Arbeiter und Angestellten 122 und die Unternehmer ebensoviel. Das entsprach bei beiden Gruppen einem Stimmengewichtsanteil von je 37,42%. Die „sonst beteiligten Volkskreise“ — sogenannte Konsumentenabteilung — stellten 25,16% der Stimmen. Es hat sich aber gezeigt, daß für die Stimmabgabe bei den einzelnen Mitgliedern des Reichswirtschaftsrates fast stets die soziale Stellung ausschlaggebend war. Ein Teil der sogenannten Konsumenten war selbst Unternehmer oder stand diesen nahe. So war die Parität zwischen Unternehmern und Arbeitern in Wirklichkeit nicht vorhanden. Denn die „sonst beteiligten Volkskreise“ stimmten mit den Unternehmern. Diese Art „Wirtschaftsdemokratie“ soll nach dem Referentenentwurf noch besser „sichergestellt“ werden. Im endgültigen Reichswirtschaftsrat, der 126 Sitze erhalten soll, sollen die Unternehmer und die „Arbeitnehmer“ je 41 Sitze, sonst beteiligte Volkskreise und von Reichsregierung und Reichsrat Ausgewählte zusammen 44 Sitze bekommen. Damit hätte allein schon diese Gruppe das Übergewicht über die Arbeiter und Angestellten erlangt. Ein solcher Zustand ist von Demokratie so himmelweit entfernt, daß das nachgerade auch Geheimräten auffallen müßte! Ja, er hat nicht einmal etwas mit dem Begriff der Parität zu tun! Wahre Parität kann nur geschaffen werden, wenn die Gruppe der „sonst beteiligten Volkskreise“ aufgelöst oder ihrer sozialen Stellung entsprechend paritätisch auf die Unternehmer- und die „Arbeitnehmerabteilung“ verteilt würde. Die Konsumenten sind beispielsweise überhaupt keine Wirtschaftsgruppe im Sinne der dem Reichswirtschaftsrat gestellten Aufgaben. Dem Reichsverband Deut-

Der Unterausschuß des Verfassungsausschusses im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat hat sich mit diesen Plänen der verlassenen Reichsregierung beschäftigt. Er hat einige wichtige Abänderungsvorschläge gemacht, die bei den kommenden Verhandlungen im Reichstag eine Rolle spielen werden. Auch die Gewerkschaften haben sich wiederholt mit der Umgestaltung des jetzt bestehenden Wirtschaftsparlamentes befaßt. Bei der Bildung des endgültigen Reichswirtschaftsrates wird mit allem Nachdruck gefordert werden müssen, daß die in der Verfassung garantierten Bezirkswirtschaftsräte als Mittelstufe und die paritätischen Wirtschaftskammern als Unterstufe gleichzeitig mit der Errichtung des Reichswirtschaftsrates verwirklicht werden. Demokratie kann nur von unten heraus entwickelt werden. Demokratie bedeutet Mitarbeit des gesamten werttätigen Volkes, nur aus ihm kommen die Gesamtkräfte der Wirtschaft. Diese Kräfte zu gestalten, sie so zu formen und zu führen, daß sie sich auswirken zum Wohl des gesamten deutschen Volkes — das ist die verfassungsmäßige Aufgabe, die dem Reichswirtschaftsrat gestellt ist. Diese Aufgabe kann er aber nicht lösen, wenn er nach den Plänen des Referentenentwurfs ausgeübt wird, wenn er als Spitzenkörperchaft in der Luft hängt, keine wirtschaftsorganisatorische Grundlage hat und daher nicht mit den Volkswirtschaftskräften in inniger Verbindung steht. Die vorwärtstrebenden Kräfte des wirtschaftenden Volkes müssen auch in der höchsten Wirtschaftskörperchaft lebendig sein! Deshalb steht im Vordergrund unserer Bestrebungen das Verlangen auf gleichzeitige Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen, heute noch von den Unternehmern beherrschten Berufs-kammern. Der Kampf um den endgültigen Reichswirtschaftsrat ist für uns mehr als die verwaltungs-technische Einrichtung dieser Körperchaft selbst, für uns ist er ein wichtiger Teilkampf um die Frage: Wirtschaftsbürger oder Wirtschaftsuntertan! Im deutschen Staatsleben gibt es keine Untertanen mehr, folglich darf es in einem Teil dieses Staatslebens, dem Wirtschaftsleben, auch keine Sörige geben. Soweit reicht trotz aller reaktionären Bestrebungen der Unternehmerratssozialismus und seine Ministergefolgenschaft denn doch nicht, daß er das werttätige Volk zur Untertänigkeit degradiert. Maßgebend darf nicht der sein, der die Betriebsmittel besitzt, sondern der sie in Bewegung setzt! Und das sind die Hand- und Kopf-arbeiter. Sie sind es, die gleichberechtigte Mitwirkung an der Entwicklung der produktiven Kräfte fordern! Die Berechtigung dieser Forderung haben im Jahre 1922 auch die Unternehmer anerkannt, indem sie einem entsprechenden Beschluß des Verfassungsausschusses im Reichswirtschaftsrat zustimmten. Heute glauben sie angeichts der ungeheuren Krise und der veränderten politischen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse an diesen Beschluß nicht mehr gebunden zu sein. Das ist zwar ihre Sache. Aber wenn die Unternehmer und die ihnen ergebenden Regierungsmänner der Meinung sind, daß damit auch die Forderungen und

Bestrebungen nach Wirtschaftsdemokratie er-
lebt sind, dann irren sie sich! Nie und nimmer werden
diese Bestrebungen verschwinden! Immer wieder wird
die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie erhoben wer-
den. Und sie wird erst verschwinden, wenn sie erfüllt,
vom Volke selbst verwirklicht worden ist!

In den Voraussetzungen für die Durchführung der
Wirtschaftsdemokratie wird mit voller Kraft gearbeitet.
Gewerkschaften, Genossenschaften und ebenso Bauhütten-
bewegungen sind Keimzellen der Wirtschaftsdemokratie.
Sie sind vom Wirtschaftsfaktor Arbeit ins Leben gerufen
worden, sie sind von seinem Geist befeelt und in seinem
Geiste wird der Kampf um die Gestaltung des Reichs-
wirtschaftsrates geführt werden! Dieser Geist wird
siegen, früher oder später, aber nie wird er die Millionen
organisierter Arbeiter verlassen! Sie werden darüber
hinaus mit aller Kraft für die Stärkung ihrer Organi-
sationen arbeiten, deren Macht wachsen wird mit der
wirtschaftlichen Entwicklung. Und diese Macht fordert
für die Hand- und Kopfarbeiter die Mitwirkung an der
gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte!

Generalstreik in England.

Ein Wirtschaftskampf größten Ausmaßes durchzittert
Britannien. Auf dem Inselreich herrscht der Generalstreik.
Nach den letzten Meldungen stehen die Bergarbeiter, die
Eisenbahner, die Transportarbeiter, die Zeitungsbreder
und die Papierarbeiter im Kampfe. Noch vor wenig Jahren
schrien Englands Industriekapitäne nach gewalttätiger
Unterdrückung des Dreiwundes der Berg-, Eisenbahn- und
Transportleute, sie verlangten die Vernichtung dieser
Syndra — heute steht dieser Dreiwund in voller Front gegen
Englands Regierung und Kapitalismus.

Wie dies kam? Noch vor Jahren schrie man über
Kohlenmangel, heute ist die Kohle zum Teil entbehrlich
geworden. Technische Revolutionen — während des Welt-
krieges begonnen — haben sich ausgewirkt. Im Kriege
mangelte es an Eisenblech, allerlei Ersatz war willkommen,
sparsame Verwendung Krumpf. Viele Feuerungen wurden
auf Braunkohle eingerichtet. Großkraftwerke gründeten sich
auf minderwertige Kohle, die im Tagebau gewonnen wird,
wobei eigenliche Bergarbeiter nicht gebraucht werden. Die
Einspannung der Wasserkräfte in Kraftwerke wirkte in
gleicher Richtung. Die Dampferzeugung auf Schiffen breitete
sich mehr und mehr aus. Englands Kohlenverbrauch sank,
sein Export ging fast zurück. Hunderttausende Berg-
arbeiter wurden beschäftigungslos. Und dabei ist diese tech-
nische Wandlung noch nicht abgeschlossen. Eine wirklich
rationelle Kohlenwirtschaft entgeht die Kohle, entzieht ihr
dabei nicht nur Gas, sondern auch andere hochwertige
Stoffe; verbrannt wird nur Koks. Jedenfalls ein großer
Fortschritt; würde diese Reform durchgeführt, dann würden
auch die in Deutschlands „Kohlenpakt“ belegenen Städte
von der schrecklichen Rauchplage befreit. So schrien Wirt-
schaftskritiker und Volksgesundheitspfleger nach der Reform;
den Bergarbeiter aber wird sie zum Verhängnis. Was im
Gemeinschaftsstaat ein Segen wäre, wird im kapitalistischen
Staate zum Fluch.

Zu Beginn der englischen Kohlenkrise vermittelte die
englische Regierung. Sie gabte lange Monate zu den Pro-
duktionskosten insgesamt fast 1 1/2 Milliarden Mark Zu-
schüsse. Dauernd kann man aber nicht in den allgemeinen
Kopf greifen. Deshalb wurde verlangt, Erubenkapital
und Arbeiter sollten sich auf eine zuzuführende Wirtschaft
einigen. Das Kapital in England kennt in solchen Fällen
nur „Abhilfsmittel“, wie das in Deutschland: Verlänge-
rung der Arbeitszeit und Kürzung der Löhne, also Ein-
sparung auf Kosten der Arbeiter. Die Bergarbeiter lehnen
das ab. Die Regierung sucht zu vermitteln, natürlich zu-
gunsten der Unternehmer. Die Verhandlungen zerfielen
sich, die Regierung zeigt den Arbeitern die brutale Faust:
es kommt zum Generalstreik des Dreiwundes der Berg-,
Eisenbahn- und Transportleute.

Ganz genau: Es handelt sich hier um ein Problem, das
nur durch die organisierte Gesamtheit bewältigt werden
kann. Das Heilmittel wäre die Überführung der
Kohlengruben in Staatsbesitz und ihre Bewirtschaftung
nach dem Bedürfnis der Allgemeinheit, also eine Sozial-
wirtschaft, die rasch auch die gesamte Kraftzerzeugung und
den Aufbau einer rationalen Kostenlenkung erfassen
würde. Diese Sozialwirtschaft hätte auch die Überführung
der vielen Kaufende überzahliger Bergarbeiter in andere
Berufe zu leiten. Dieses Heilmittel aber scheitert an dem
Widerstand des übermächtigen Kapitals. Diesen Wider-
stand zu brechen, wäre nötig im Staatsinteresse. Es wird
aber nicht gesehen; denn die Staatsgewalt in England
ist kapitalistisch eingestellt und ein Gegner der Arbeiter-
forderungen. Erst eigene Notwendigkeiten müssen gemein-
wirtschaftliches Denken lehren. Erst dann wird sich der
entscheidende Erfolg zur Abstellung dieser furchtbaren Wirt-
schaftskrise einstellen.

Nicht stehen in England Millionen Arbeiter im Kampfe
gegen Regierungsgewalt und Unternehmerwillkür. Die

Auswirkungen dieses Kampfes sind noch nicht zu über-
sehen. Möglich, daß noch eine Überbrückung der Gegen-
sätze gefunden wird, ehe sich der Kampf zu voller Schärfe
entwickelt hat. Jedenfalls begleitet die englischen Arbeiter
in diesem ihnen aufzugehenden Kampfe unsere vollste
Sympathie. Hinausaktionen jeder Art durch den Internatio-
nalen Gewerkschaftsbund sind im Gange. Dieser Kampf ist
eine Teilerhebung der allgemeinen Weltwirtschaftskrise.
Zwei Weltanschauungen stehen heute einander gegenüber:
die hier am Alten hängende, verhärtete kapitalistische, die
das Vollen des Fortschrittsrades nicht begreift — und die
wachsende Entwicklung, die gestützt durch die organisierte
Arbeiterkraft, gebieterisch nach der Gemeinwirtschaft
drängt, weil nur sie Stoffe und Not bringen kann. Die
englischen Arbeiter kämpfen für das letztere. Glück aus
dem Siege, der ein Sieg des gesamten
Proletariats wäre und der einer gesunden
Fortentwicklung der Wirtschaft die Gasse
bahnen würde!

Korruption im Baugewerbe.

Eine der unerfreulichsten Erscheinungen unseres Wirt-
schaftslebens ist die Korruption bei Vergabe von Leistungen
und Lieferungen im Baugewerbe. Dieses Uebel ist in ein-
zelnen Gegenden Deutschlands so eingetreten, daß viele ehr-
liche Bauherren die Hoffnung aufgegeben haben, es jemals
ausrotten zu können. Seine Ausrottung ist um so schwerer,
weil in der Regel außer den unmittelbaren Beteiligten niemand
etwas von den Bestechungen erfährt. Daß die an Bestechungen
Beteiligten über ihre Sünden schweigen, ist selbstverständlich,
da sie im Falle des Bekanntwerdens mit schweren Strafen
zu rechnen hätten. Den Unbeteiligten jedoch aber selbst
in Fällen bringen den Verdacht in der Regel die genauen
Beweise, die für ein alldies Vorgehen gegen Korruptionsfälle
notwendig sind. Heute, die nach jeder leicht Gefahr, selbst
wegen Bestechung verhaftet zu werden. Auch wir müssen
in dieser Beziehung sehr vorsichtig sein, möchten aber trotz-
dem auf einige Fälle hinweisen, deren gründliche Untersuchung
durch die dazu berufenen Stellen sehr notwendig wäre.

In der letzten Zeit wurde die Offensivität durch den
Selbstmord des Oberbauleiters Fölling von der Reichs-
bahndirektion Oden in Frankfurt a. d. Oder auf einen be-
sonders trafen Korruptionsstand aufmerksam gemacht.
Schon im Juli 1925 berichtete die „Soziale Bauwirtschaft“
kurz über den Stand bei der Eisenbahndirektion Oden, wo-
bei die Leberzeugung ausgesprochen wurde, daß die ein-
geleitete Untersuchung einen großen Sumpf der Korruption
aufdecken werde. Nach den zahlreichen Preisermeldungen liegt
der Fall so: In den Jahren 1921 bis 1924 ließ die Eisen-
bahndirektion Oden bei Frankfurt a. d. Oder sowie bei Neu-
Wentzen große Sieblungen für ihre Arbeiter und Angestellten
errichten. Außerdem übertrug sie mehreren privaten Bau-
firmen den Bau des Strohbohnhofes Neu-Wentzen und des
Limbau des Hauptbohnhofes in Frankfurt a. d. Oder. Es
wurde behauptet, daß bei diesen Arbeiten die Reichsbahn
nicht weniger als 20 Millionen Reichsmark be-
tragen worden sein soll. In dem Vertrag sollen außer
mehreren Kaufmännischen geschickte höhere Beamte der Reichsbahn
ausgesprochen werden. Die Unternehmer sollen die Käufer aus-
scheiden, die für ihre Arbeit geradezu phantastische Preise er-
halten hätten, die oft das Drei- bis Vierfache des tat-
sächlichen Wertes ausgemacht haben sollen. Auch Doppel-
zahlungen großer Kosten, die Anschaffung nicht geleisteter
Lieferungen und ähnliche Dinge sollen in Größe und Fülle
vorgekommen sein. Möglich waren den Unternehmern diese
Betriebskosten nur dadurch, daß höhere Beamte mit ihnen
unter einer Decke saßen.

Der bisherige Verlauf dieser Angelegenheit ist ein bereites
Beispiel dafür, wie schwer es ist, selbst in Fällen der un-
geheuerlichen Betrügereien den Tatsachen auf die Spur zu
kommen und die Schuldigen zu fassen. Bereits seit Jahren
war in Frankfurt a. d. Oder behauptet worden, bei dem Bau
des Bohnhofes Neu-Wentzen und des Hauptbohnhofes in
Frankfurt a. d. Oder sei es nicht mit rechten Dingen zu-
gegangen. Die Betrügereien waren in vieler Weise, aber
niemand traute sich mit der Sprache heraus, weil jedermann
die dann entsetzlichen Inannehmlichkeiten fürchtete. Schon
im September 1924 legte der Vertreter der Eisenbahnarbeiter
in Aufsichtsrat der Sieblungsgesellschaft Ostmark, Georg
Sprengholz, seine sämtlichen Ehrenämter in dieser Ge-
sellschaft nieder. Als er deshalb vor den Präsidenten der
Reichsbahndirektion Oden, Maltebeck, und den Vize-
präsidenten Dr. Schöneweitz gittet wurde, gab er als Grund
für sein Verhalten an, die Betrügereien gegen den Staat mit
seinem Namen nicht bedenken zu können. Bezeichnend ist,
Sprengholz sich weigerte, dem Präsidenten sein Material zu
übergeben, mit der Begründung, er habe nicht das Vertrauen
zum Präsidenten, daß den Betrügereien wirklich nachgegangen
würde. Sprengholz wurde darauf sofort entlassen. Doch
zunächst blieb alles beim Alten, die Betrügereien nahmen
ihren Fortgang.

Später hat dann der abgebaute Oberbauleiter
Göhler bei der Hauptverwaltung der Deutschen Reichs-
bahn in Berlin Anzeige erstattet, um eine Untersuchung in
Gang zu bringen. Und wieder ist es bezeichnend, daß die
Hauptverwaltung der Reichsbahn die Anzeige an die Reichs-
bahndirektion Oden zur Untersuchung weiterleitete, also an
dieselbe Stelle, gegen deren Beamte sich die Be-
schwerde richtete. Man kann sich denken, wie diese Be-
schwerden ausfielen. Es ist unter diesen Umständen auch ver-
ständlich, daß Göhler und eine Zöllnerauer Kauffirma, die
bestehende Tatsachen wußten, jede Aussage gegenüber den
Vertretern der Reichsbahn bezweigten.

Die ganze Untersuchung würde schließlich im Sande ver-
taufen, wenn nicht der Aufdeckung einige Zufälle zu Hilfe
gekommen wären. Ein Baukauffmann hatte sich durch den An-
kauf von Säulen und Grundstücken, deren Wert weit über
seine Verhältnisse hinausging, verdächtig gemacht. Auch in
diesem Falle zeigte das Ergebnis der Ermittlungen zunächst

zu einem strafrechtlichen Vorgehen nicht aus. In der Zwischen-
zeit meldeten sich aber bei der Reichsbahndirektion Oden
Konkurrenzfirmen, die angaben, daß der Bauunternehmer
Schmidt in Rosengarten bei Frankfurt, der an dem Um-
bau des Frankfurt und dem Neubau des Neu-Wentzener
Bohnhofes am meisten beteiligt war, die Bahn geradezu groß-
zügig betrogen hätte und daß dieser Betrag nur möglich ge-
wesen sein könne, weil Beamte ihrer Hand im Spiele gehabt
hätten.

Dieses Auftreten der privaten Kauffirmen machte Göhler
Mut, der nimmte die Reichsbahndirektion offen beschuldigte,
die Untersuchung wissenschaftlich verfährt zu haben. Göhler
wurde daraufhin von der Reichsbahndirektion Oden befragt,
was die Staatsanwaltschaft in Baden zu Ermittlungen ver-
anlaßt. Als das darauf die Volksturma Schmidt habe
Anzeige erstattet, der Bauunternehmer Schmidt habe
Originalrechnungen, die er der Reichsbahndirektion vorgelegt
hätte, gefälscht, mußte sich auch die Staatsanwaltschaft in
Frankfurt a. d. Oder mit der Reichsbahndirektion fassen
stellen, daß infolgedessen die Reichsbahndirektion falsche
Rechnungen ergatten hatte. Demnach erstattete die Reichs-
bahndirektion selbst Strafanzeige gegen den Unternehmer
Schmidt wegen schwerer Unregelmäßigkeiten beim Bau des
Bohnhofes Neu-Wentzen und des Bohnhofes im Limbau
Frankfurt a. d. Oder.

Schließlich erließ auch noch bei der Staatsanwaltschaft
in Merzig ein Angekletter der Kauffirma Schmidt, der be-
weisen wollte, daß die Bahn durch Schmidt um Millionen ge-
schädigt worden sei. Aber auch dieser Angekletter erklärte von
vornherein, er werde näher Angaben nur machen, wenn ihm
zugestimmt werde, daß er keine Unannehmlichkeiten davon
habe. Letztlich für der Merziger Staatsanwalt nach Berlin,
wo ihm in Aussicht gestellt wurde, daß der Angekletter, falls
durch ihn noch Geld der Reichsbahndirektion offen getreut
werden könnte, einen Teil des getreuten Geldes besorgen
sollte. Daraufhin ließ der Staatsanwalt in Merzig die den
Kauffirmen Schmidt, Philipp Holzmann, Balenski und Ballner
Gausjudungen vornehmen und Geschäftsbücher und Akten
beschlagnahmen. Gleichzeitig wurden die Akten der Reichs-
bahndirektion Oden beschlagnahmt. Zugleich wurde der Bau-
unternehmer Schmidt verhaftet worden. Später wurde er
gegen eine Kaution von 100 000 M wieder freigelassen, dann
aber wieder verhaftet. Schließlich wurde durch den General-
staatsanwalt in Berlin verfügt, daß die Untersuchung bei
der Staatsanwaltschaft Frankfurt a. d. Oder generalisiert werde.
Die Untersuchung hat ein riesiges Ausmaß angenommen.
Ein Heer von Kriminalbeamten wurde mit der Klärung der
Betrügereien beschäftigt, an der auch die Post, das Reichs-
finanzministerium, das Reichswirtschaftsministerium und das
preussische Innenministerium interessiert waren, weil auch
Beamte dieser Ministerien in Neu-Wentzen angebeschuldigt wer-
den sollten.

Wie kommen nunmehr zu dem Fall Böhler. Das
Eisenbahnamt Böhler hatte die Arbeiten für eine Straßen-
untersuchung ausgeschrieben. Bei dieser Ausschreibung fürte
unser Bauhütte Ostfriesland den Preisering — ein vieler-
orts beliebtes Ueber-Profittierungsmittel — der privaten
Eisenbahnunternehmer in jener Gegend mit dem Erfolg, daß
sie unter zwölf Bewerbern mit 806 Millionen Mark — es
war noch Inflationstzeit — der billigste Anbieter war. Als
nachfolgender Betrieb forderte eine Berliner Firma
435 Millionen Mark. Der Unternehmer Müller in Böhler
verlangte 612 Millionen Mark, acht weitere Firmen, die
Müller den Schutz erklärt hatten, fanden mit ihren An-
geboten zwischen 800 und 927 Millionen Mark. Alle an der
Submission beteiligten Privatunternehmer wußten von vorn-
herein, daß der Unternehmer Müller die Arbeiten erhalten
würde, obgleich er einen um 306 Millionen Mark höheren
Preis, also das Doppelte dessen verlangt hatte, was die Bau-
hütte Ostfriesland forderte. Nur die Bauhütte Ostfriesland
sprüchlich noch, es werde ihr möglich sein, den ausländischen
Stelle die „Angemessenheit ihres Preises gahemmäßig nach-
weisen zu können. Dies gelang ihr aber nicht. Auf eine telephonische
Anfrage des Leiters der Bauhütte Ostfriesland, die Bauhütte
in Frankfurt am Main, die keine vorgelegten Beweise in
Frankfurt am Main: Die Bauhütte mußte sich nicht lassen
sich die Arbeiter nicht aus-
führen. Die Bauhütte sich zwar aus der Riste der Be-
werber nicht aus, daß wurden aber auch die geplanten und
zum Teil bereits in Angriff genommenen Bauarbeiten nicht
ausgeführt. Sie sind zum Teil bis heute noch nicht aus-
geführt worden. Wohl aber wurde der in Frage kommende
Eisenbahnbauteil bereit. Nach einer Mitteilung der Bau-
hütte Ostfriesland, die sicher als einer der leistungsfähigsten
Baubetriebe in Deutschland anzuspühren ist, kann sie von der
Eisenbahndirektion Erfurt auch heute noch keinerlei Auf-
träge erhalten. War sie mit ihren Angeboten an niedrigster
Stelle, so war sie angeblich immer zu billig. Stimmen aber
ihre Preise etwa mit den Preisen der privaten Unternehmer
überein, so war sie teuer. Sollten nicht in solchen Fällen
Untersuchungen am Platze sein?

Ein anderer Fall: Es handelte sich um die Vergabe
von Tunnelarbeiten auf dem Hauptbohnhof in Garmisch. Auch
dort hatte die Bauhütte mit 5 816 372 M das niedrigste
Angebot abgegeben, während der billigste Privatunternehmer
6 080 324 M, der teuerste Unternehmer aber 11 684 648 M
gefordert hatte. Nach Tage nach der Eröffnung der Angebote
sah nochmals eine engere Submission und Rückfrage bei
den Privatfirmen statt, wobei die Bauhütte ausgeschrieben
wurde. Die Arbeiten bekam schließlich die Firma Lerche &
Nippert, die bei der ersten Submission um über 3 Millionen
Mark, also rund 50 %, mehr gefordert hatte als die Bau-
hütte.

Es kommen auch „Rechenfehler“ bei Submissionen vor.
So handelte es sich in einem Falle um Schiebungen und Be-
festigungen beim Reichsneubauamt in Krefeld. Die Bau-
unternehmer Merler und Dr. Gaspari bestanden den
Bauleiter des Reichsneubauamtes und verarbeiteten mit ihm
ein Schiebungsheft, das ihnen die Hebertragung von Wasser
arbeiten auf in den Fällen führte, wo sie nicht die
Billigsten waren. Man ging dabei so vor: Zu den einzelnen
Ausgeschriebenungen wurde ein ordnungsmäßiges und rechnerisch
richtiges Angebot rechtzeitig eingereicht. Nach der Bestim-

Aus dem Fach für das Fach

Wasserdichter Beton.

Von Friedrich Kuh, Architekt.

Die Aufgabe, wasserdichten Beton herzustellen, tritt außerordentlich häufig an den Baumeister heran. Jeder aus Zement und den bekannten Zuschlagstoffen hergestellte Beton erleidet aber, selbst bei der größten Dichtigkeit unter Verwendung der vollkommensten Mittel, eine mehr oder weniger starke Durchsickerung. Im Hochbau müssen, um die schädlichen Einwirkungen der Feuchtigkeit auf die menschliche Gesundheit auszuschließen, außer Dichtungsmitteln auch noch Isolierungen, Wandbeschichtungen und sonstige Schutzmaßregeln Anwendung finden, während es in andern Fällen häufig nur darauf ankommt, das Durchsickern des Wassers zu verhindern.

Es ist völlig korrekt, wenn man sich bei Herstellung des Betons darauf verläßt, daß man die Wasserdichtigkeit durch energisches Stampfen, durch nachträgliches Streichen des Betonkörpers mit wasserabweisenden Anstrichmitteln oder dergleichen erreichen werde. Hauptforderung ist es, die Betonmasse in geeigneter Weise zusammenzufassen, und zwar derart, daß man einen sogenannten „tatten Beton“ erhält. Bei einem derartigen Material werden alle Hohlräume der Zuschlagstoffe völlig gefüllt, und zwar die des Gipses oder Kleinstgipses durch den aus Zement und Sand bestehenden Mortel, und die größeren zwischen dem Sandkörnern durch den Zement. Selbstverständlich spielt auch das Stampfen eine nicht unbedeutende Rolle; die Mischung muß durch Anströmen die Wasserdichtigkeit wesentlich gefördert wird, so muß man den Betonkörper genügend Zeit zum Austrocknen lassen. Das Wasser muß also abgelaufen sein — Sammelbecken sind erst zu benutzen, wenn der Trockenprozent hinreichend vorgezeichnet ist. Die Aufnahme der Wasserdichtigkeit wie die der Festigkeit durch Trocknen des Betons beruht zum Teil darauf, daß das im nassen Beton als weiche Masse vorhandene Kalshydrat beim Trocknen durch Umwandlung in löslichen Kalk fest wird und dabei einen Teil der Poren im Beton ausfüllt.

Es gibt sehr mannigfache Mittel, um einen Beton, der nicht schon von Natur wasserdicht ist, hinreichend undurchlässig zu machen. Ein sehr gebräuchliches ist der Zusatz von Fettalkohol oder hydraulischem Kalk zum Mortel, doch sind nur geringe Mengen anzuwenden. Je fetter die Mischung ist, um so geringer muß der Kalkzusatz sein. Für die Mauerwerk-Zulagen eignen sich 1 Teil Kalk und 4 bis 5 Teile Sand. Nach Witting-Schumann („Der Portlandzement und seine Anwendung im Bauwesen“) wechselt der zulässige Kalkzusatz zwischen $\frac{1}{4}$ und 2 Gewichtsteilen auf 1 Gewichtsteil Zement. Selbstverständlich wird die Festigkeit des Betons durch den Zusatz von Kalk etwas verringert. Aber die Einbuße an Festigkeit ist so unbedeutend, daß man darum wohl kaum genötigt sein wird, die mit verschiedener Sicherheit berechneten Mauerkörper zu verstärken. Noch zweckmäßiger ist der Zusatz von Kalk und Traß, da Mischungen von Kalk, Traß und Sand schon an sich wasserdicht sind. Es hat sich als vorteilhaft erwiesen, den Kalk in Form von Kalkmilch beziehungsweise Kalkwasser zuzusetzen, indem man sie als Anmachewasser für den Mortel verwendet.

Zementbeton und Anstriche sind in vielen Fällen ohne Zweifel sehr zweckmäßig, aber nur dann, wenn auch die Zusammenfassung des Betons derart ist, daß größere Wassermengen nicht mehr durchdringen können. Ist der Beton an sich nicht genügend wasserdicht, so wird auch der Schutzanstrich und der Zementbeton nicht viel helfen. Als Anstrichmittel benützt man Plaste, Testalin, Alaun oder Seifenlösungen. Beinsol, Alphasol, Teer, Goudron usw. Hierzu kommen mannigfache, zum Teil aus Teer hergestellte Präparate, wie Geresit, Geresitol, Deiterol, Breolit, Nitrit, Baumnerische Bitumen-Emulsion und dergleichen mehr. Vielfach wird empfohlen, diese und ähnliche Stoffe auch dem Mortel zuzusetzen.

Viele dieser Stoffe haben sich gut bewährt, aber selbstverständlich nur unter der Voraussetzung, daß der Beton zureichend ist. Bei Mauerwerken, die starken Erschütterungen ausgesetzt sind, darf man aber nicht voraussetzen, daß der Beton, auch wenn die Mischung an sich ladellos ist, rissfrei bleiben wird. Deshalb ist man genötigt, außer den bituminösen Zusätzen und dergleichen auch plattenförmige Abdeckstoffe oder Beschichtungen zu verwenden. Diese können ihre Aufgabe nur dann in zufriedenstellender Weise erfüllen, wenn sie nicht nur die genügende Festigkeit, sondern auch die erforderliche Elastizität besitzen, um bei Bewegungen des Mauerwerks folgen zu können, ohne zu reißen. Geeignete Stoffe sind: Gipsplatten, Goudronplatten, Malasol, Alphasol, Jolierplatten, Weichplatten mit Asphaltauflage und Kalzbaupappen (zum Beispiel Kosmos-Palplatten). Die Alphasol-Platten oder Wapen bestehen aus Einlagen von Zin, Leinwand, Jute oder Kette bestehen. Im Hochbau wird mit besonderer Vorliebe Naturasphalt oder eine Mischung von Asphalt mit Paraffinöl, Erdöl-Goudron und andern entsprechenden Zusätzen verwendet. Stein- und Braunkohlenteer, Holzteer usw. besitzen für den vorliegenden Zweck einen weit geringeren Wert als der Naturasphalt. Hinsichtlich der oben erwähnten Plaste möchte ich noch nachtragen, daß man unter dieser technischen Bezeichnung die Fluor-Silikate zu verstehen hat, und zwar verwendet man hauptsächlich Magnesium-, Zink-, Aluminium- und Weinsäure-Silikate. In Verbindung mit dem Kalk des Zements entsteht Kalzium-Fluorid und Kieselsäure in feinsten Verteilung; sie füllen die feinen Poren des Mortels und steigen auf diese Weise seine Dichtigkeit.

Wenn man wasserdichten Beton die Rede ist, so muß man grundsätzlich die Wasserfuge, die auf der Baustelle gestampft werden, von den fabrikmäßig hergestellten Zement- und Betonwaren unterscheiden. Die fabrikmäßig hergestellten bedürfen vielfach besonderen Dichtungsmitteln, aber andere Anwenbungsformen, Zement- und Betonwaren werden namentlich durch Asphaltanstriche geschützt. Außer dem

Kalshydrat werden bei fabrikmäßiger Herstellung wasserdichter Betonwaren, zum Beispiel Fundamentsteinen, Kanalisationsartefakten, Flüssigkeitsbehältern usw., feingemahlene Schlacken und Traß, aber auch andere feingepulverte indifferenten Stoffe der Masse zugesetzt. Als wasserabweisende Stoffe finden Seifen, Mineralfette, Emulsionen bituminöser Stoffe, Wachs und Fettsäuren Verwendung. Dachschiefer werden mit Seifenlauge imprägniert, die man aus billiger Schmierseife unter Zusatz einer Zementfarbe kocht. Durch Zusatz von Nieselgur in Mörteln von etwa 1,5 mm Größe und nachträgliche Behandlung mit Nieselgur soll man feisende Wirkung der Dachschiefer erreichen. Auch durch Imprägnierung der Oberfläch mit einem diesem Zwecke hergestellten Präparat, sowie mit Flusssäure durch die das Keulere des Steins nicht wie bei einem Teeranstrich entfällt wird, sollen gute Erfahrungen gemacht worden sein.“ (Probit) Am übrigen betont Probit sehr zutreffend, daß man die Imprägnierung der Dachschiefer nur im Staube betreiben sollte; ein rationell hergestellter Dachschiefer ist schon an sich wasserdicht, sofern der verwendete Sand von verhältnißmäßig großer Körnung ist, damit sich die Körner ineinander verschließen können und keine Zwischenräume entstehen lassen. — Was hier von den Dachschiefern gesagt wird, gilt auch von den meisten andern fabrikmäßig hergestellten Zement- und Betonkörpern, die in Formen gestampft, geschlagen, gepreßt oder gegossen werden. Selbstverständlich können auch die oben für gestampfte Mauerkörper vorgeschlagenen Anstrichmittel und Schutzbeschichtungen für die Zementwaren-Fabrikation im besonderen Falle an zweckmäßigsten ist, kann, sofern nicht ausreichende Erfahrungen vorliegen, nur durch Laboratoriumsversuche festgestellt werden. In diesen Fällen helfen allerdings auch ausstehende amtliche Prüfungszeugnisse zur Verfügung, die im Gegensatz zu den privaten Empfehlungen, genaue Angaben über die Mischungsverhältnisse und die bei der Baustoffprüfung vorgenommene Versuchsanordnung enthalten. Nur derartige, nach wissenschaftlichen Grundsätzen ermittelte Ergebnisse sind maßgebend, nicht private Zeugnisse, die die verschiedenen Erzeugnisse häufig ohne ausreichende Ermittlungen über den grünen Klee loben.

Wohnhäuser aus Betonplatten.

Von Dipl.-Ing. A. Lion.

In einem Berliner Vorort sind augenblicklich die ersten in Deutschland aus Betonplatten ausgeführten Wohnhäuser in der Entstehung begriffen. Es bedeutet, was das verwendete Material wie die Bauweise betrifft, für den deutschen Baumarkt etwas vollkommen Neues, nachdem im Ausland nach dieser und ähnlichen Methoden schon seit Jahren planmäßige Versuche gemacht worden sind. Bevor auf die wirtschaftliche und technische Bedeutung der Betonplatten-Bauweise näher eingegangen werden soll, mag eine kurze Beschreibung der neuen Bauweise folgen.

Charakteristisch für die Bauweise ist das vollkommenen Fehlen des Baugerüsts — an dessen Stelle der Bauffran getreten ist — und die Verwendung großer Bausteine. Der Bauffran besteht aus der ganzen Baustelle, die möglichst in einseitig werden soll, daß eine größere Anzahl Wohnhäuser in einer Reihe liegen. Die Baugrube liegt zwischen den Giebeln des Kranes. Das Keller-Mauerwerk wird an Ort und Stelle aus Stampfbeton ausgeführt. Die Außen- und Innenwände für die Stodwerke, ebenso die Giebelwände für das Dach werden auf der Baustelle aus eisenbewehrtem Beton fertiggestellt, und zwar zu beiden Seiten der Baugrube, außerhalb der Kranstange. Jede Wandplatte entsteht möglichst an einer Stelle, von der aus sie einen nur kleinen Weg bis zu ihrem Bestimmungsort im Bau zurückzulegen hat. Die Fertigstellung der Platten und der Zusammenbau geschieht geschloßweise, d. h. nach der Fertigstellung des Keller-Mauerwerks und der ersten Zwischenwände das erste Stodwerk einer ganzen Häuserreihe, dann fortlaufend die nächste Wallenlage, dann das zweite Stodwerk der ganzen Reihe ausgeführt wird usw. Während das Grund-Mauerwerk abnimmt, werden die Platten für das erste Stodwerk abgebaut, während der Herstellung der zweiten Wallenlage findet die Plattenreihe des zweiten Stodwerkes ab usw., so daß das Tempo für die Arbeit durch Kranleistung und Dauer der Abbindung — ungefähr 10 Tage — festgelegt ist.

Die Platten werden auf waagrechten Bühnen hergestellt. Sie bestehen aus 3 Schichten. Die Außenhaut, ein Rahmen von ungefähr 25 cm Breite und einige Verstärkungsbalken bestehen aus wasserdichtem Miesbeton. Dann folgt zum Zwecke der Wärmeisolation eine Füllschicht aus Schlacke, und zuletzt die Innenhaut aus Schlackenbeton, der nagehart ist. Die Herstellung geschieht so, daß die Außenhaut nach oben liegt, die nach dem Abbinden mit der Stahlbürste gereinigt wird. Sämtliche Öffnungen für Fenster, Türen usw. werden sofort bei der Herstellung ausgepart und die Türen und Fensterrahmen in die Formränder eingesetzt. Die Platten haben eine Stärke von 25 cm. Sie werden bis zu einer Größe von 60 m als Ganzes gegossen, was der Stodhöhe des Kranes, 7,5 Tonnen, entspricht. Nach 8 bis 10 Tagen sind die Platten fast genau, so daß der Kran sie an Schrauben fahrt, die aus der Platten-Oberfläche herausragen und aus 8 mm Rundstahl bestehen. Er hebt sie aus der Verankerung und bringt sie an ihren Bestimmungsort. Die Zusammenfügung aneinanderstoßender Platten geschieht so, daß durch ein Stoßstück der Stoß abgedichtet, dessen ein Eisenstahl gefügt wird, der die Platten zusammenhält. Die entstehende Fuge wird dann sauber beseitigt. Die ersten noch nicht mit andern Platten verbundenen Elemente werden durch schräge Streifen in ihrer Lage festgehalten, bis die durch die Nacharbeiten Halt bekommen. Die Herstellung der Giebelwände geschieht ebenso, dagegen wird bei den Berliner Häusern das Dach normal ausgeführt, ebenfalls die Wallenlagen, nur daß

diese parallel mit der Frontlinie verlegt werden, um die Frontplatten nicht untereinander zu mischen. Die Ausführung der Platten ist so sauber, daß sich eine weitere Bearbeitung erübrigt und nach der Errichtung des Hauses nur ein Außenanstrich und ein dünner Innenputz notwendig ist. Die innere Schlackenbetondeckung hat den Vorteil, daß sie nach der Fertigstellung aus dem Putz teilweise aufsaugt und so die Trocknung beschleunigt. Infolgedessen kann mit den Tapezierern, Malern und Installationsarbeiten viel früher begonnen werden als bei normalen Ziegelbauten. Die Innenmauern, die bis zu einer Stärke von 20 cm ausgeführt werden, haben ebenfalls auf beiden Seiten eine Schlackenbetondeckung.

Der auf der Baustelle verwandte Kran ist für diesen Spezialzweck gebaut. Er fährt mit vierstrahligen Rädern auf 2 Gleisen mit einer Spurweite von 700 mm. Die Kranbedienung besteht aus 4 bis 6 Mann, die zum Betreiben der Platten vollkommen ausreichen, wobei noch ein Mann von diesen ausschließlich für die unmittelbare Bedienung der Maschine anzunehmen ist. Der Kran ist in der Höhe, an einem achtfüßigen Achsbaustrag 800 bis 400 mm der Länge, an einem achtfüßigen Achsbaustrag 4 in gleicher Höhe Platten zu betreiben, nach der Richtung der abgehenden abgehenden haben, kann der Kran nach dieser Zeit wieder an dieselbe Stelle zurückfahren, um das nächste Stodwerk aufzuführen, also nach der Fertigstellung von 40 nebeneinanderliegenden Wohnungen oder, was dasselbe ist, von einer Stodwerkfläche von 20 Häusern. Eine gute Ausnutzung des Kranes, der auf der Berliner Baustelle verwendet worden ist, ist also erst bei einer Häuserreihe von 20 Häusern möglich. Da der Berliner Bauplatz nicht so günstig eingeteilt werden konnte, sondern immer nur je 2 bis 7 Häuser in einer Reihe liegen, ist in diesem Fall eine gute Ausnutzung des Baugrundes nicht möglich gewesen. Trotzdem sind bei diesem Baubauwerk gegenüber der normalen Ausführungsweise in Ziegelbau beim Hochbau 30 bis 40 % Ersparnisse erzielt worden, was einer Ersparnis beim Gesamtbau von ungefähr 10 % entspricht. Und hier liegt natürlich das wesentliche der neueren Bauweise.

Daß in Deutschland sich bereits nicht erst bemerken zu werden, wenn heute eine Verbilligung des Wohnungsbaues um 10 % und bei günstiger Lage des Bauplatzes vielleicht um 15 oder 20 % möglich ist, ist es nicht ausgeschlossen, daß die Bauartigkeit durch diese Möglichkeit angeregt wird. Voraussetzung ist natürlich, daß die nach einer neuen Methode ausgeführten Wohnungsbauten in jeder Beziehung den Ziegelbauten ebenbürtig sind. Vor allem darf die Wärmeisolation nicht schlechter sein. Die Betonplatte ist bei gleicher Festigkeit wesentlich schwächer als die 38 cm-Ziegelwand. Durch die Schlackenfüllung wird aber eine gute Isolierfähigkeit der Platte erreicht, die, wie Versuch und Praxis bestätigt haben, nicht schlechter ist als die der stärksten Ziegelwand. Die Durchlüftung ist sogar besser; in diesem Punkt ist der Ziegel als Konstruktionsmaterial überhaupt nicht ideal. Forderung des gesundheitlichen Nachteil haben sich zum Beispiel bei den nach dieser Methode in Holland 1921 errichteten Wohnhäusern in den vergangenen Jahren nicht gezeigt, nachweisen lassen. Die Verbilligung beruht in diesem Fall nicht nur auf der Massenfabrikation, obgleich es einleuchtet, daß nach größere Ersparnisse erzielt werden können, wenn auf derselben Baustelle größere Häusergruppen errichtet werden könnten als in Berlin, wo es sich nur um 31 Häuser handelte. Eine Zentralisierung des Einbaus und Transports kann, wie überall, bei großen Aufträgen die Wirtschaftlichkeit noch erhöhen. Die eigentliche Ursache der Verbilligung ist in diesem Fall hauptsächlich der Ersatz des kleinen Ziegelfeins durch ein großes Baustück. Dadurch wird die eigentliche Montagearbeit wesentlich abgeklärt. Notwendig ist bei großen Bauelementen aber der teilweise Ersatz der Handarbeit durch Maschinenarbeit, in diesem Fall durch den Kran, der gleichzeitig das Gerüst überflüssig macht. Im Gegensatz zu der verhältnißmäßig rasch vor sich gehenden Montage muß die Herstellung der Platten sehr sorgfältig geschehen, schon um die Nacharbeit auf das Maßgebendste einzuschränken; denn auch hierin liegt das Maß für größere Ersparnisse. Wesentlich ist ferner, daß das Maß für die Verbilligung zu haben ist. Wenn Berliner Bauwerkstoffe in der Bauweise mit dem Kran in die Nähe der Baustelle geschafft worden; die Rohschicht hat das nahegelegene geschaffene Nummernverzeichnis geliefert. Die Bedingungen waren in diesem Fall also günstig; es ist aber nicht ausgeschlossen, daß sich die Betonplatten-Bauweise bei besonders ungünstig gelegenen Bauplätzen oder Bauwerken nicht rentiert. Wichtig ist auch die Notwendigkeit, möglichst lange Häuserreihen errichten zu können; wenn möglich, wie oben erdnet, bis zu einer Länge von 20 Häusern. Jedes Unsehen des Kranes kostet Zeit und macht Erdbarbeiten usw. notwendig; in diesem Fall, wo die Anspannung des Arbeitstempes an die Krangeschwindigkeit so wesentlich ist, also ein doppelter Verlust. — Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese neue Bauweise dem Wohnungsbaue stark beizuhelfen und sei es auch nur in der Richtung, daß die Ziegelbau unternehmer ihre Neubauten einmal gründlich nachkalkulieren.

Allgemeines.

Betonmischung. Das Bureau of Standards empfiehlt zur Verbilligung des Abbindens den Zusatz von kleinen Mengen Chlorlauge zum dem Mischwasser des Betons. Versuche zeigen, daß ein Zusatz von Chlorlauge zum Wasser bis zu 10 Gewichtsprozenten die Festigkeit um 30 bis 100 b. S. steigert gegenüber Beton, bei dem reines Leitungswasser benutzt wurde. Die besten Ergebnisse wurden mit 4 bis 6 b. S. Chlorlauge erzielt. Während Chlorlauge keinen schädlichen Einfluß auf Beton ausübt, greift es hartem Stahl und Eisen an; es darf folglich bei Eisenbeton nicht verwendet werden.